

# Schwäbisches Tagblatt

„ Beim ersten Stück war das Mordopfer so unsympathisch, dass das ganze Publikum des Mordes verdächtig war.

Günter Brucklacher von der Jettenburger Theatergruppe  
Mordsteam – Seite 33

## ÜBRIGENS

Darauf hat Eva Arnold-Schaller 15 Jahre lang gewartet: dass Flüchtlinge im Kreis Tübingen selbst bestimmen können, was sie essen möchten, welches Haarshampoo sie verwen-

### Die Würde der Flüchtlinge

den wollen und welche Kleider ihnen gefallen. Sie und mit ihr viele Asyl-Unterstützer und natürlich die Asylsuchenden selber sind „überglücklich“. Vor einer Woche hat sich Landrat Joachim Walter dazu durchgerungen, trotz ungeklärter juristischer Details keine Sachleistungen mehr an Flüchtlinge auszugeben, sondern Bargeld. Damit nimmt er ab Januar 2013 vorweg, was die neue grün-rote Landesregierung jetzt sukzessive umsetzen will: Flüchtlinge sollen in Baden-Württemberg nicht mehr länger wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Für sie soll gelten, was sich Eva Arnold-Schaller seit 19 Jahren zum Motto ihres Engagements für Asylsuchende gemacht hat: „Die Würde des Menschen liegt in der Wahl“, zitiert sie den Schriftsteller Max Frisch.

Für Flüchtlinge existierte diese Wahlmöglichkeit seit dem Asylbewerberleistungsgesetz 1992 nicht mehr. 1994 versuchte man die Essenspakete auch in Baden-Württemberg einzuführen. Im Kreis Tübingen starteten die Kirchen unter Pfarrer Karl Theodor Kleinknecht und das Asylzentrum eine Protestaktion: Über 2000 Bürger/innen beteiligten sich an einer großen Umtauschaktion: Sie kauften eine Wo-

chenration Essenspakete für 60 Mark, die Flüchtlinge bekamen dafür das Geld. Mit dem restriktiven baden-württembergischen Flüchtlingsaufnahmegesetz 1997 war's

dann vorbei mit der Wahlfreiheit für Flüchtlinge. Sie durften den Landkreis nicht ohne Genehmigung verlassen (Residenzpflicht), ihnen standen höchstens

4,5 Quadratmeter Wohnfläche zu, es galt für sie Arbeitsverbot. Essen, Kleidung und Hygieneartikel wurden ihnen zugewiesen.

Am runden Tisch mit den Behörden bemühten sich die Asyl-Unterstützer immer wieder um Verbesserungen, feilschten darum, dass auch Lebensmittel aus anderen Kulturkreisen wie Fladenbrot oder Feta-Käse auf die Bestell-Liste kamen. Zweimal im Jahr musste die Behörde alle Flüchtlinge zusammentrommeln, damit sie sich Kleidung von schlechter Qualität herausuchen konnten – ein unsinniger logistischer Aufwand und ein weiteres Indiz für die Abschreckungspolitik der damaligen CDU-Landesregierung.

Dass der Landkreis jetzt diese unwürdige Politik nach dem Sachleistungsprinzip beendet, ist gut. Trotzdem gibt es noch viel zu tun für Asyl-Unterstützer wie Eva Arnold-Schaller: Es fehlt an Wohnraum für Flüchtlinge, die nun früher aus der Sammelunterkunft ausziehen dürfen. Nicht nur Städte und Gemeinden, auch Kirchen sind angesprochen und sollten leerstehende (kirchliche) Räume zur Verfügung stellen – damit Flüchtlinge eine Wahl haben. CHRISTIANE HOYER

■ siehe Seite 23

# Kein Platz

41 neue Flüchtlinge stehen vor der Kreis-Türe

**Portionsweise Pizza verteilen gestern Aktivisten vor dem Tübinger Landratsamt. Mit Landrat Joachim Walter diskutierten die Leute von der „Aktion Asyl – Essenskisten weg!“ über deren Abschaffung für Flüchtlinge im Kreis Tübingen.**

CHRISTIANE HOYER

**Kreis Tübingen.** Nach der Stadt Heidelberg ist der Landkreis Tübingen der erste Kreis in Baden-Württemberg, der den Umstieg von Sachleistungen auf Bargeld beschlossen hat. Der Landrat verkündete seine Entscheidung vor einer Woche im Sozial- und Kulturausschuss des Kreistags (wir berichteten); zur Aktion gestern kamen die Grünen Kreisräte Bärbel Schmid und Wolfgang Bleicher. Andreas Linder vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßte gestern die Entscheidung und hofft nun auf möglichst viele Nachahmer in anderen CDU-dominierten Stadt- und Landkreisen. Linder machte aber auch deutlich: Die meisten Bundesländer würden längst schon Bargeld an die Flüchtlinge auszahlen statt ihnen Essenspakete zukommen zu lassen.

Die derzeit 193 Flüchtlinge, die während ihres Asylverfahrens in einer Gemeinschaftsunterkunft im

Landkreis untergebracht sind, bekommen noch bis Ende Dezember Lebensmittel. Dreimal in der Woche können sie auf einer Liste bestimmte Lebensmittel nach einem Punktesystem bestellen. Profiteur ist ein Unternehmen aus Schwäbisch Gmünd, das minderwertige Ware auf dem Großmarkt bezieht und sie teuer an den Landkreis verkauft, so Andreas Linder und Hannah Schnur von der Essenskisten-Aktion.

Landrat Walter bestätigte gestern Mittag, dass der Vertrag mit der Firma auf Ende Dezember gekündigt sei. Er machte aber auch deutlich: Seine Behörde fühlt sich im Umgang mit den neuen juristischen Bestimmungen von der Landesregierung „im Stich gelassen“. Das Bundesverfassungsgericht habe in seinem Urteil vom Juli 2012 das Bundesgesetz unangetastet gelassen. Danach hätten Sachleistungen für Asylsuchende immer noch „Vorrang“. Ein Schreiben des Integrationsministeriums habe „keine klare Aussagen“ enthalten. „Deshalb habe ich spontan selbst entschieden“, so Walter. Linder bekräftigte den Landrat in seiner Entscheidung: „Sie haben nicht gegen den politischen Willen der Landesregierung und nicht gegen geltendes Recht verstoßen“.

Allein gelassen fühlt sich die Kreisbehörde von der Landesregierung auch bei der Unterbringung



Essenskisten teilt das Tübinger Landratsamt nur noch bis Ende Dezember an Flüchtlinge aus (von links): Karlheinz Neuscheler (Landratsamt), Andreas Linder (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg), Landrat Joachim Walter und Simon Tiesch von der „Aktion Asyl – Essenskisten weg!“  
Bild: Sommer

von Flüchtlingen. Der Landkreis geht finanziell in Vorleistung – und bekommt dafür weit weniger Geld, als notwendig, so Walter – 280 000 Euro im Jahr zahle der Landkreis drauf. Jetzt solle das Asylverfahren verkürzt werden, sodass man mehr Wohnraum für die Flüchtlinge nach

ihrem Aufenthalt in der Gemeinschaftsunterkunft brauche. Baupläne mit der Kreisbau mangels Sozialwohnungen lägen derzeit auf Eis, weil nun auch der vorgeschriebene Wohnraum für Flüchtlinge erhöht werden solle. Erst gestern erhielt die Kreisverwaltung außerdem ein

Schreiben vom Land: Im Oktober muss der Landkreis 41 neue Flüchtlinge aufnehmen. „Wir wissen nicht, wohin, wir haben keinen Platz“, schildert Abteilungsleiter Karlheinz Neuscheler die aktuelle Situation.

So baten der Landrat und seine zwei Mitarbeiter die Initiatoren der

Essenskisten-Aktion, die seit Januar 2011 einmal im Monat an verschiedenen Orten auf die unwürdigen Lebensbedingungen von Flüchtlingen aufmerksam machen, um Mithilfe bei der Suche nach Wohnraum auf. „Stärken Sie uns den Rücken!“

■ siehe übrigens Seite 19